

# Estland

Andres Kasekamp\*

## Innenpolitik

Im März 2015 übernahm eine aus der liberalen Reformpartei, den Sozialdemokraten und Konservativen (IRL) bestehende Koalition die Regierungsverantwortung. Eine Alternative zu dieser vom jüngsten Premierminister in der Europäischen Union, Taavi Rõivas (Reformpartei), geführten Regierung ist nicht in Sicht. Der polarisierende Oppositionsführer Edgar Savisaar aus der Zentrumspartei, die von der Mehrheit des russischsprachigen Teils der Gesellschaft unterstützt wird, wurde aufgrund von Korruptionsvorwürfen von seinem Posten als Bürgermeister Tallinns suspendiert. Der Konservativen Volkspartei (EKRE) kam als erste populistisch-europaskeptische Partei Estlands viel Aufmerksamkeit zu. Im März 2015 gelang ihr der Einzug ins Parlament. Seitdem haben sich ihre Zustimmungswerte von 7 auf 14 Prozent verdoppelt, was größtenteils auf ihren öffentlichkeitswirksamen Widerstand gegen die vermeintliche ‚Masseneinwanderung‘ im Zuge der Flüchtlingskrise und gegen die geplante Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe zurückzuführen ist.

Die russische Annexion der Krim 2014 katapultierte die Integration der russischsprachigen Bevölkerung auf die Spitze der politischen Agenda. Durch Wladimir Putins Rechtfertigung, dass Russland stets seine Staatsbürgerinnen und -bürger schützen werde, rangen Alarmglocken in Tallinn. Die mit der Annexion einhergehende Propaganda- und Desinformationskampagne ist für Estland von besonderer Bedeutung, da die russischsprachige Minderheit sich größtenteils über russische Medien informiert. Um dem entgegenzuwirken, gründete die estnische Regierung einen neuen russischsprachigen Fernsehsender.

Seit dem Frühling 2016 ist der öffentliche Diskurs zunehmend von der im September anstehenden Präsidentenwahl geprägt. Die gegenwärtigen Favoriten auf die Nachfolge Toomas Hendrik Ilves sind der ehemalige EU-Kommissar Siim Kallas, die damalige Außenministerin Marina Kaljurand, der ehemalige Ombudsmann Allar Jõks sowie der Sprecher des Parlaments Eiki Nestor. Die Präsidentschaftswahl in Estland ist jedoch vergleichbar mit derjenigen in Deutschland und der Person der Kandidaten kommt daher nicht allzu viel öffentliche Aufmerksamkeit zu.

## Außenpolitik

Das Grenzabkommen zwischen Russland und Estland, welches 2014 unterzeichnet wurde, löste einen positiven Impuls in den bilateralen Beziehungen aus. Mit der Annexion der Krim nahm dies jedoch ein jähes Ende. Die estnische Regierung appellierte an die internationale Gemeinschaft, resolut auf die Völkerrechtsverletzung durch Russland zu reagieren. Im September 2014 wurde ein Polizist wegen angeblicher Spionageaktivitäten auf estni-

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Leonard Schütte und Julia Klein.

schem Hoheitsgebiet vom russischen Geheimdienst (FSB) entführt. Er kam erst ein Jahr später – nach einem Gefangenenaustausch mit einem verurteilten russischen Spion – wieder frei. Als Reaktion hierauf errichtete Estland einen Grenzzaun zu Russland. Nichtsdestotrotz war die estnische Seite Anfang 2016 zuversichtlich, das Grenzabkommen alsbald ratifizieren zu können. Diese Hoffnung wurde jedoch aufgrund des Widerstands der russischen Duma enttäuscht.

Im vergangenen Jahr war eine substantielle Zunahme der Anzahl und des Umfangs von NATO-Übungen in Estland zu beobachten. Deren Zweck ist die Beschwichtigung der estnischen Ängste und die Untermauerung der Bündnisverantwortung als Reaktion auf die russischen Aggressionen. Estland hofft, dass die NATO-Partner sich beim Gipfel in Warschau im Juli 2016 verpflichten, ein Bataillon auf Rotationsbasis in Estland zu stationieren. Den Hoffnungen kam die NATO mit einem Bataillon von 1.000 Einsatzkräften entgegen.

### **Europapolitik**

Estland ist und bleibt lautstarker Befürworter des EU-Sanktionsregimes, welches Russland von zukünftigen Grenzverletzungen, unter anderem in der Ostukraine, abschrecken soll. Trotz wirtschaftlichen Schadens für die einheimische Transport- und Tourismusbranche sowie für die Landwirtschaft, plädiert Estland für die Verlängerung der Sanktionen, bis die im Minsker Abkommen vereinbarten Bedingungen erfüllt sind.

Die Flüchtlingskrise hat die öffentliche Debatte seit Jahresmitte 2015 dominiert. Die estnische Regierung lehnte zunächst den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine verpflichtende Quote zur Umverteilung der Flüchtlinge aus Italien und Griechenland ab. Letztendlich wurde die Aufnahme von 530 Flüchtlingen akzeptiert. Die ersten trafen im März 2016 ein. Auf Bitte von Frontex sandte Estland im März 2016 20 Grenzbeamte nach Griechenland, um der Gefahr eines Zusammenbruchs der Schengenzone entgegenzuwirken.

Estland unterstützte weiterhin vor allem solche Initiativen auf EU-Ebene, die die Bereiche Cybersicherheit, Energieversorgungssicherheit, die Östliche Partnerschaft, Transparenz, Innovation und den Binnenmarkt (insbesondere den freien Dienstleistungsverkehr) betrafen, und blieb ein überzeugter Befürworter der EU-Erweiterung. Die innereuropäische Zusammenarbeit mit anderen baltischen und nördlichen Staaten als regionaler Ostsee-Block wurde weiter ausgebaut. Da Estland führend in der IT-Branche ist, blieb die Schaffung eines gemeinsamen digitalen Binnenmarkts das Leuchtturmprojekt der Europapolitik der Regierung. Eine weitere Priorität stellt der Ausbau von regionalen Verbindungswegen vor allem im Energie- und Transportsektor dar. Estland, Lettland und Litauen einigten sich auf den Bau der Rail Baltic, einem Hochgeschwindigkeitszug, der sie mit Zentraleuropa verbinden soll. Bereits 2015 beschlossen Estland und Finnland den Bau einer unterseeischen Gaspipeline (Balticconnector), allerdings kam es zu keiner Einigung bezüglich des Baus eines Terminals für verflüssigtes Erdgas.

### **Weiterführende Literatur**

Andres Kasekamp: Why Narva is not next, in: Anne-Sofie Dahl (Hrsg.): Baltic Sea Security (30-33), Copenhagen: Copenhagen University, Centre for Military Studies.